



8. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Gremium: Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung
Sitzungstermin: Dienstag, 06.10.2020, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81,
14469 Potsdam

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.09.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

- 3 **Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung**

- 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 4.1 **Bürgerkoordinatorin/Bürgerkoordinator "Eine Waldstadt"** **20/SVV/0824** Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration (Wiedervorlage)
 - 4.2 **Digitalisierung an Potsdamer Schulen** **20/SVV/0987** Fraktion Freie Demokraten

- 5 **Sonstiges**

- 6 **Berichterstattung: Beitritt Zweckverband digitale Kommune**

- 7 **Rolle des Beteiligungsrates aus Sicht des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung**



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

20/SVV/0824

Betreff:
Bürgerkoordinatorin/Bürgerkoordinator "Eine Waldstadt"

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 20/SVV/0256

Erstellungsdatum 29.07.2020

Eingang 502: 30.07.2020

Einreicher: Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

19.08.2020 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Ein Vorschlag zur Koordination von bürgerschaftlich-ehrenamtlichem Engagement und Gemeinwesenarbeit im Stadtteil Waldstadt muss im Gesamtzusammenhang mit der Entwicklung, Strukturierung und Förderung von Stadtteilarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam insgesamt gesehen werden.

Daher werden auf der Grundlage und im Rahmen der schrittweisen Umsetzung des „Gesamtkonzeptes für die Stadtteilarbeit der Landeshauptstadt Potsdam – Umsetzung des Beschlusses 17/SVV/0172“ folgende Methoden, Maßnahmen und Arbeitsschritte bezüglich der Einsetzung einer Bürgerkoordination im Stadtteil Waldstadt vorgeschlagen:

1. Durchführung einer Akteurskonferenz in der Waldstadt
2. Auswertung der Ergebnisse und Bildung einer Aktivgruppe
3. Erarbeitung eines Vorschlages zur Struktur, Arbeitsweise und Einsetzung einer Bürgerkoordination

Die Umsetzung dieser Maßnahmen basiert unter anderem auf den Ergebnissen der „Interdisziplinären Tagung Stadtteilarbeit“ vom September 2019 und der dort entwickelten Zielstrukturen für die zukünftige Gestaltung und Entwicklung der Gesamtstadtteilarbeit in der Landeshauptstadt und wird mit Unterstützung der Werkstatt für Beteiligung realisiert.

Dabei soll die Einsetzung einer Bürgerkoordination in der Waldstadt parallel und korrespondierend zu der sich im Stadtteil Bornstedt im Aufbau befindenden sozial-kulturellen Stadtteilkordination modellhaft für die Landeshauptstadt Potsdam entwickelt werden.

(Vgl. dazu DS 19/SVV/0290 Weiterentwicklung der Interessenvertretung Bornstedter Feld zu einer Stadtteilvertretung für gesamt Bornstedt)

Beide Prozesse werden in einem permanenten Evaluierungsprozess durch die LHP gesteuert.

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

Fazit finanzielle Auswirkungen:

Die notwendig einzusetzenden finanziellen Mittel sind in der HHPL 2020/21 im Produkt 28404 als Projektfördermittel im Bereich Vernetzungsarbeit vorgesehen.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Geschäftsbereich 5



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

20/SVV/0987

öffentlich

Betreff:

Digitalisierung an Potsdamer Schulen

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten

Erstellungsdatum 01.09.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung halbjährlich über den aktuellen Stand der Digitalisierung an den Schulen der Landeshauptstadt Potsdam zu berichten. Darzustellen ist jeweils die Entwicklung der bisher geplanten und umgesetzten Maßnahmen, um die Schulen der Landeshauptstadt Potsdam beim Ausbau im Bereich der Digitalisierung zu unterstützen.

Der Bericht sollte u.a. Angaben zu folgenden Themen enthalten:

- Hard- und Softwareausstattung an den Schulen und einschließlich IT-Support
- Vernetzung bzw. WLAN-Ausstattung und Internetzugänge
- Unterstützung beim Zugang und bei der Nutzung von Förderprogrammen wie z.B. des Digitalpaktes des Bundes
- Unterstützung beim Einrichten und bei der Nutzung von digitalen Plattformen
- Vernetzung und Unterstützung von Akteuren im Bereich digitaler Bildung wie z.B. engagierte Lehrer, Startups etc.
- Personalsituation der Landeshauptstadt im Bereich IT und im Bereich IT-Unterstützung für die Schulen
- Beauftragung von externen Dienstleistern

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Für Schülerinnen und Schüler ist es erforderlich, Lernangebote verstärkt auch in digitaler Form zu erhalten und nutzen zu können. Digitalisierung ist ein Haupttrend in unserer Gesellschaft und durchdringt immer stärker das private und berufliche Umfeld. Schulen müssen Lebenswirklichkeit abbilden und die Schülerinnen und Schüler befähigen, damit kompetent und erfahren umzugehen. Digitale Angebote und digitale Abläufe können das Lehren und das Lernen unterstützen. Gerade die aktuelle Corona-Krise zeigt deutlich, welches Potenzial in der Digitalisierung des Unterrichts steckt und wie viel davon noch ungenutzt ist. Nach Eigenauskunft der Verwaltung „plant und arbeitet...die LHP...bereits an konkreten Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung an Potsdamer Schulen“. Mit einem entsprechenden Beschluss der SVV soll sichergestellt werden, dass dieses Thema die notwendige Priorität bekommt und die Maßnahmen und Ergebnisse den Stadtverordneten und der Potsdamer Öffentlichkeit regelmäßig und transparent dargestellt werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag**
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

20/SVV/0987

öffentlich

Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten

Betreff: Digitalisierung an Potsdamer Schulen

Erstellungsdatum 30.11.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.12.2020	SVV		

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung mindestens halbjährlich über den aktuellen Stand der Digitalisierung an den Schulen der Landeshauptstadt Potsdam zu berichten. Darzustellen ist jeweils die Entwicklung der bisher geplanten und umgesetzten Maßnahmen, um die Schulen der Landeshauptstadt Potsdam beim Ausbau im Bereich der Digitalisierung zu unterstützen.

Der Bericht sollte u.a. Angaben zu folgenden Themen enthalten:

- Hard- und Softwareausstattung nach Schultypen für die bestehenden und neu zu errichtenden/geplanten Schulen einschließlich WLAN-Ausstattung und Internetanbindung
- Vorstellung der Konzepte inkl. Zeit- und Budgetplanung
- Unterstützung beim Zugang und der Nutzung von Förderprogrammen; hier Information/Übersicht über beantragte Fördermittel und deren Mittelverwendung inklusive Zeitschiene zur vollumfänglichen Umsetzung der Förderprogramme
- Nutzung digitaler Plattformen
- Vernetzung und Unterstützung von Akteuren im Bereich digitaler Bildung
- Personalsituation der Landeshauptstadt für die Unterstützung der IT an Schulen
- geplante Projekte zur Beauftragung externer Dienstleister (z. B. Beratungsunternehmen, Support etc.), Status aktueller Projekte und Erfahrungen/Auswertungen abgeschlossener Projekte

Begründung:

Für Schülerinnen und Schüler ist es erforderlich, Lernangebote verstärkt auch in digitaler Form zu erhalten und nutzen zu können. Digitalisierung ist ein Haupttrend in unserer Gesellschaft und durchdringt immer stärker das private und berufliche Umfeld. Schulen müssen Lebenswirklichkeit abbilden und die Schülerinnen und Schüler befähigen, damit kompetent und erfahren umzugehen. Digitale Angebote und digitale Abläufe können das Lehren und das Lernen unterstützen. Gerade die aktuelle Corona-Krise zeigt deutlich, welches Potenzial in der Digitalisierung des Unterrichts steckt und wie viel davon noch ungenutzt ist. Nach Eigenauskunft der Verwaltung „plant und arbeitet...die LHP...bereits an konkreten Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung an Potsdamer Schulen“. Mit einem entsprechenden Beschluss der SVV soll sichergestellt werden, dass dieses Thema die notwendige Priorität bekommt und die Maßnahmen und Ergebnisse den Stadtverordneten und der Potsdamer Öffentlichkeit regelmäßig und transparent dargestellt werden.

gez. Sabine Becker, Fraktionsvorsitzende, Björn Teuteberg, Fraktionsvorsitzender

Unterschrift



Niederschrift

8. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Sitzungstermin: Dienstag, 06.10.2020
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:25 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Marie Schäffer Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglieder

Herr Nico Marquardt SPD
Herr Leon Troche SPD
Herr Sascha Krämer DIE LINKE
Frau Dr. Sigrid Müller DIE LINKE
Herr Lars Eichert CDU
Frau Katharina Tietz DIE aNDERE
Herr Chaled-Uwe Said AfD

sachkundige Einwohner

Frau Sylvia Frenzel BürgerBündnis
Herr Robert Hirsch CDU
Herr Frank Hübner Die Andere
Herr Peter Mundt DIE LINKE
Frau Andrea Mirjam Ney Freie Demokraten
Frau Dr. Sophia Rost Bündnis 90/Die Grünen
Frau Prof. Dr. Karin Schwarz SPD

Beigeordnete

Herr Dieter Jetschmanegg
Dezernent
Geschäftsber.
Zentr.Verwaltung

Vertreter der Beiräte

Viktor Kalitke
Beirat für Menschen mit
Behinderungen

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Eifler Bündnis 90/Die Grünen nicht entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch

Bürgerbündnis

entschuldigt

Schriftführer:

Herr Michel Duhn Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.09.2020 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Bürgerkoordinatorin/Bürgerkoordinator "Eine Waldstadt"
Vorlage: 20/SVV/0824
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
(Wiedervorlage)
- 4.2 Digitalisierung an Potsdamer Schulen
Vorlage: 20/SVV/0987
Fraktion Freie Demokraten
- 5 Sonstiges
- 6 Berichterstattung: Beitritt Zweckverband digitale Kommune
- 7 Rolle des Beteiligungsrates aus Sicht des Ausschusses für Partizipation,
Transparenz und Digitalisierung

Niederschrift:**Öffentlicher Teil****zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende, Frau Schäffer, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.09.2020 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Frau Schäffer stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 8 anwesenden, stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Die **Niederschrift der 7. Sitzung** des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung vom 08.09.2020 wird nachgereicht. Die Bestätigung wird auf die kommende Sitzung vertagt.

Herr Hirsch erkundigt sich nach einem, am 11.08.2020 in Aussicht gestellten, Tagesordnungspunkt bzw. Konzept zur Nutzbarkeit von Open-Source-Software. Frau Schäffer erklärt, dass dieses Thema nicht Bestandteil der heutigen Sitzung sei und verweist darauf, dass jede Fraktion Vorschläge für Tagesordnungspunkte einreichen könne.

Weitere Hinweise oder Ergänzungen zur vorliegenden Tagesordnung gibt es nicht, sie wird mit Stimmenmehrheit bestätigt.

zu 3 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung

Beteiligungsrat:

Frau Heyden-Hendricks vom Beteiligungsrat gibt einen Überblick über die Arbeit und die Probleme des Beteiligungsrates. Sie sei selbst noch nicht sehr lange Mitglied im Rat und erklärt, dass es schwer sei, die Aufgaben/Funktionen des Beteiligungsrates zu erkennen. Hierzu wünscht Sie sich eine bessere Zusammenarbeit zwischen der Politik/den Fraktionen und dem Beteiligungsrat. Derzeit befinde sich der Rat in engem Kontakt mit der Werkstadt für Beteiligung, um gemeinsam Kernaufgaben herauszuarbeiten

Auf Grund von diversen Wortmeldungen bittet Frau Schäffer darum, die Diskussion zum Thema Aufgaben des Beteiligungsrates im Tagesordnungspunkt 7 zu verschieben.

Werkstadt für Beteiligung:

Herr Kärsten von der Werkstadt für Beteiligung greift das Thema „Mobile Bürgerbeteiligung“ der letzten Ausschusssitzung auf und berichtet von den vorhandenen Materialien und Möglichkeiten der Stadtverwaltung zur Bürgerbeteiligung. Es seien z.B. mobile, kleine Informationsstände sowie Zelt-Pavillons als „Gutwetterlösung“ vorhanden.

Für eine dauerhafte bzw. längerfristige Beteiligungsmaßnahme sind diese jedoch ungeeignet und i.d.R. auch mit themenspezifischen Aufdrucken versehen (z.B. Bürgerhaushalt).

Eine wetterunabhängige Containerlösung sei organisatorisch schwer umzusetzen. Es müsste jedes Mal ein LKW mit entsprechendem Kran geordert werden, um den Container zu versetzen.

Eine Lösung, die Mobilität und Stabilität vereint, wird derzeit von den Stadtwerken genutzt, diese hätten einen „Infobus“ im Einsatz, welcher wetterfest sei und selbstständig den Standort wechseln könne.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Bürgerkoordinatorin/Bürgerkoordinator "Eine Waldstadt"

Vorlage: 20/SVV/0824

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
(Wiedervorlage)

Frau Schäffer eröffnet den Tagesordnungspunkt und begrüßt Herrn Kroop vom Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration, der heute stellvertretend für Herrn Jekel anwesend sei.

Nach einer kurzen persönlichen Vorstellung erklärt Herr Kroop auf Nachfragen von Ausschussmitgliedern, dass die erste Akteurskonferenz am 07.10.2020 stattfinden werde. Herr Kärsten von der Werkstatt für Beteiligung ergänzt, dass hierzu primär die Akteure aus der Waldstadt eingeladen wurden. Gern könnten auch Ausschussmitglieder und Stadtverordnete an diesem Termin teilnehmen, dieses Angebot sei jedoch auf die noch vorhandenen 8 freien Plätze begrenzt.

Die Ergebnisse der Konferenz würden im Anschluss ausgewertet und könnten der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2021 vorgestellt werden.

Die Umsetzung der Ergebnisse sei neben inhaltlichen auch von finanziellen Fragen abhängig, die vorab mit der Stadtverwaltung bzw. der Stadtverordnetenversammlung geklärt werden müssten.

Wie in der Mitteilungsvorlage geschildert, soll die Einsetzung der Bürgerkoordination in der Waldstadt parallel und korrespondierend zu der sich im Stadtteil Bornstedt im Aufbau befindenden sozial-kulturellen Stadtteilkoordination entwickeln. In beiden Gebieten seien ähnliche Aufgabenprozesse zu bewältigen, für die die gleichen Werkzeuge verwendet werden könnten, auch wenn die Entwicklung in Bornstedt bereits weiter fortgeschritten sei.

Hier habe der „Stadtteilladen“ bereits seine Arbeit im Bereich der Bürgerkoordination und Stadtteilarbeit aufgenommen und trägt seinen Teil zur Weiterentwicklung des Stadtteils bei. In der Waldstadt müsse dies erst noch etabliert werden.

Im Anschluss daran wird die Mitteilungsvorlage von den Ausschussmitgliedern **zur Kenntnis genommen.**

zu 4.2 Digitalisierung an Potsdamer Schulen

Vorlage: 20/SVV/0987

Fraktion Freie Demokraten

Frau Ney bringt den Antrag ein und erklärt, dass mit dem Antrag erhöhte Transparenz und eine Erfolgskontrolle bei der Unterstützung der Schulen umgesetzt werden solle.

Herr Jetschmanegg, Dezernent des Geschäftsbereiches für Zentrale Verwaltung, erklärt: Eine solche Berichterstattung erfolgt bereits quartalsweise durch Herrn Morgenstern-Jehia im Ausschuss für Bildung und Sport. Er bittet daher, diesen Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt anzusehen.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, lässt die Ausschussvorsitzende den Antrag,

die Vorlage als durch Verwaltungshandeln erledigt anzusehen abstimmen.

Abstimmung:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 2 Gegenstimmen.

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt anzusehen.

Beschlussvorschlag:
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung halbjährlich über den aktuellen Stand der Digitalisierung an den Schulen der Landeshauptstadt Potsdam zu berichten. Darzustellen ist jeweils die Entwicklung der bisher geplanten und umgesetzten Maßnahmen, um die Schulen der Landeshauptstadt Potsdam beim Ausbau im Bereich der Digitalisierung zu unterstützen.

Der Bericht sollte u.a. Angaben zu folgenden Themen enthalten:

- Hard- und Softwareausstattung an den Schulen und einschließlich IT-Support
- Vernetzung bzw. WLAN-Ausstattung und Internetzugänge
- Unterstützung beim Zugang und bei der Nutzung von Förderprogrammen wie z.B. des Digitalpaktes des Bundes
- Unterstützung beim Einrichten und bei der Nutzung von digitalen Plattformen
- Vernetzung und Unterstützung von Akteuren im Bereich digitaler Bildung wie z.B. engagierte Lehrer, Startups etc.
- Personalsituation der Landeshauptstadt im Bereich IT und im Bereich IT-Unterstützung für die Schulen
- Beauftragung von externen Dienstleistern

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit bestätigt,
bei 2 Stimmenenthaltungen.

zu 5 Sonstiges

Herr Peter Mundt, berichtet in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Seniorenbeirates von einer Veranstaltung zu Digitalisierung für älteren Personen, am 28.10.2020 im Treffpunkt Freizeit.

Ziel sei es, den 8. Altersbericht auszuwerten und entsprechende politische Forderungen und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten. Die Ergebnisse könnten ggf. Anfang 2021 in der Stadtverordnetenversammlung oder dem Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung vorgestellt werden.

zu 6 Berichterstattung: Beitritt Zweckverband digitale Kommune

Herr Jetschmanegg, Dezernent des Geschäftsbereiches für Zentrale Verwaltung,

berichtet über Aufnahme der Landeshauptstadt Potsdam in den „Zweckverbandes Digitale Kommunen Brandenburg“ am 24.09.2020 und von der Unterstützung der Landeshauptstadt insbesondere für das Themenfeld „DigitalPakt“.

zu 7 Rolle des Beteiligungsrates aus Sicht des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Frau Schäffer eröffnet den Tagesordnungspunkt und begrüßt Frau Heyden-Hendricks und Frau Dr. Jordan vom Beteiligungsrat (BR). Sie schlägt vor, beiden Rederecht für diesen Tagesordnungspunkt zu gewähren, wogegen sich kein Widerspruch erhebt.

Auf die Frage von Herrn Eichert, ob nicht die Geschäftsordnung des BR die Aufgaben des Rates klar regelt, antwortet Frau Heyden-Hendricks, dass in der Geschäftsordnung nur Formalien und Allgemeines geregelt würden.

Frau Dr. Jordan ergänzt, dass sich der BR mit Entstehung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung neusortieren müsse. Darüber hinaus wolle der Rat sichtbar werden.

Frau Schulz kann den Neufindungsprozess nachvollziehen. Sie ist der Auffassung, dass mit dem Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung ein guter Anschlusspunkt zur Politik geschaffen wurde.

Auf Nachfrage, warum trotz der Vergrößerung des BR nach wie vor nur einen Jugendsitz vorhanden ist, erklärt Herr Kärsten, dass dieser Sitz immer mit einer jugendlichen Person besetzt werden müsse. Die anderen Sitze könnten jeder Zeit ebenfalls mit Jugendlichen besetzt werden, es sei jedoch schwer junge Menschen für die Arbeit im BR zu begeistern.

Des Weiteren würden im BR Entscheidungen hauptsächlich in offenen Diskussionen nach dem Konsensprinzip getroffen werden und nicht durch Mehrheitsabstimmungen. Durch die vergrößerte Mitgliederanzahl könnten mehr Projekte begleitet werden.

Frau Dr. Müller hebt die gute Unterstützung des BR durch die Verwaltung hervor. Aus dieser Zusammenarbeit seien bereits interessante Aufgaben und Projekte für den BR entstanden.

Die Startschwierigkeiten des BR bezüglich des Selbstverständnisses und der Aufgabenselektierung scheinen bei jeder Neubesetzung wiederzukehren.

Herr Kärsten bestätigt, dass der Erfahrungstransfer von einem BR zum anderen eine sehr große Herausforderung sei.

Herr Marquardt bietet als ein Vertreter der Stadtverordnetenversammlung im BR seine Hilfe an, indem er z.B. ein einseitiges Dokument mit wichtigen Informationen zur Stadtverordnetenversammlung, Rederechten usw. zusammenstellen könne. Dieser Vorschlag wird von den Vertreterinnen des BR befürwortet.

Frau Schäffer schlägt als möglichen Handlungsschwerpunkt die Begleitung von konkreten Beteiligungsprozessen vor. Anschließend könnten diese evaluiert und entsprechende Verbesserungsvorschläge erarbeitet und eingebracht werden. Ebenso könne der Ausschuss mit dem Beteiligungsrat gemeinsam Grundsätze der Beteiligung weiterentwickeln.

Sie schlägt weiterhin vor, die Termine des BR auf die Termine des Ausschusses abzustimmen. So könnten sich die beiden Gremien gegenseitig ergänzen und Bezug zur Tagesordnung des jeweils anderen herstellen.

Frau Dr. Müller schlägt dem BR vor, die aktuelle Entwicklung der Stadtteile wie z.B. dem Schlaatz oder der Waldstadt zu begleiten und sich einzubringen. In naher Zukunft werden dort vermehrt Projekte mit Bürgerbeteiligung durchgeführt werden.

Frau Heyden-Hendricks äußert die Bitte, dass die Stadtverwaltung den BR, wie früher, über anstehende Beteiligungsprozesse informiert. Sie bedankt sich für die eingebrachten Ideen und wird diese mit dem BR beraten.